

4.7.1966
Streng vertraulich!

Darlegungen des Leiters der Delegation der Deutschen

Demokratischen Republik, Genossen Walter U l b r i c h t

Liebe Genossen und Freunde!

Ich möchte zunächst im Namen der Delegation des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik dem Zentralkomitee der Rumänischen Kommunistischen Partei und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien für die großartige Gastfreundschaft und die guten Arbeitsbedingungen danken, die für die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Bukarest geschaffen wurden. Gleichzeitig möchte ich der Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß der Politische Beratende Ausschuß zusammengekommen ist, um die neuen Elemente in der Lage in Europa und die sich daraus ergebenden Aufgaben für die Erhaltung und Sicherung des Friedens zu beraten.

Beginnen wir mit den Ländern, die in der Organisation des Warschauer Vertrages zusammengeschlossen sind, so ist augenfällig und bedarf keines besonderen Beweises, daß ihr Ökonomisches, wissenschaftlich-technisches, politisches und militärisches Gewicht seit unserer letzten Tagung weiter angewachsen ist.

Das gilt vor allem von der Sowjetunion, wofür der XXIII. Parteitag in großartiger Weise Zeugnis abgelegt hat. In den sozialistischen Staaten, die zwei Drittel des Territoriums Europas umfassen, aber lebt die Hälfte der europäischen Bevölkerung. Die Entwicklung unserer Länder bestimmt deshalb auch in zunehmendem Maße die europäische Situation. Für den erfolgreichen Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion und den umfassenden Aufbau des Sozialismus in den anderen Ländern, braucht das sozialistische Europa die Gewährleistung der Sicherheit und des Friedens in ganz Europa. Es ist deshalb nur natürlich und zugleich begrüßenswert, daß wir uns auf dieser Beratung des Politischen Beratenden Ausschusses mit einer Deklaration befassen, die allen europäischen Völkern und ihren Regierungen ein Programm für Frieden und Sicherheit unterbreitet. Zwar werden nicht alle Punkte dieses Programms die ungeteilte Zustimmung der Regierungen West- und Nordeuropas finden, doch ist hinsichtlich einer Reihe unserer Vorschläge zu erwarten, daß maßgebliche politische Kräfte und Regierungsvertreter der Staaten West- und Nordeuropas ihnen zustimmen oder zu einer Verständigung über sie bereit sein werden.

Es wäre jedoch irrig, in diesem Streben nach europäischer Sicherheit das Hauptmerkmal der gegenwärtigen Lage in Europa zu sehen. Das Verlangen der Völker und ihrer politischen Vertreter nach europäischer Sicherheit entspringt vielmehr

in erster Linie der zunehmenden Einsicht, daß die gesteigerte Aggressivität des Imperialismus und seine militärischen Abenteuer in anderen Kontinenten auch den Frieden Europas gefährden. Ganz allgemein gesehen, gibt es zwei Hauptgründe, die die Völker Europas besonders beunruhigen und um ihre Sicherheit fürchten lassen; und zwar sind das der barbarische Interventionskrieg der USA gegen das tapfere vietnamesische Volk und seine Auswirkungen auf Europa sowie der in der Bundesrepublik längst wiedererstandene deutsche Imperialismus, der nach Atomwaffen, nach Revanche für die Niederlagen in zwei Weltkriegen und nach der Hegemonie in ~~Europas~~ Westeuropa strebt.

Wir stimmen wohl alle, Genossen, in der Feststellung überein, daß der Imperialismus zwar aggressiver, aber nicht stärker geworden ist. Die Gemeinschaft der sozialistischen Staaten ist zweifellos stärker geworden. Auch in den Nationalstaaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas kann der Imperialismus trotz militärischer Interventionen, trotz von außen organisierter Putschs und Militärrevolten den großen historischen Prozeß der völligen Befreiung von kolonialer Unterdrückung und Abhängigkeit nicht aufhalten. Selbst solche Rückschläge, wie in Ghana oder Indonesien werden die Völker veranlassen, ihre Anstrengungen zu verstärken, um auf dem nichtkapitalistischen Entwicklungsweg vorwärts zu kommen. Der Verlust des kolonialen Hinterlandes des

Imperialismus aber ist eine der Ursachen, die in unserer Zeit die allgemeine Krise des Kapitalismus so vertiefen.

Auch in den kapitalistischen Ländern Europas bringt es die allgemeine Krise des Kapitalismus mit sich, daß sich die ihm inne/wohnenden Widersprüche verschärfen. Die Ungleichmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung verschärft den Konkurrenzkampf und die politischen Gegensätze zwischen den west- und nordeuropäischen Staaten untereinander und in ihrem Verhältnis zu den USA. Die Streiks, Aussperrungen und Massendemonstrationen von Arbeitern, Landarbeitern, Angestellten und anderen Werkstätigen in den letzten Monaten zeigen, daß auch die Klassenauseinandersetzungen an Breite und Tiefe zunehmen. Alles das und noch vieles andere sind Merkmale der sich vertiefenden allgemeinen Krise des Kapitalismus, der die imperialistischen Herrscher - vor allem der USA und Westdeutschlands - mit gesteigerter politischer und militärischer Aggressivität nach Innen und Außen zu begegnen suchen

Was berechtigt und verpflichtet uns, die Aggressivität des Imperialismus der USA und Westdeutschlands besonders anzuprangern? Zunächst ist es eine kaum zu bestreitende Tatsache, daß die staatsmonopolistische Herrschaft in den USA und Westdeutschland am ausgeprägtesten entwickelt ist. Das Streben nach der "großen Gesellschaft" unter Johnson stimmt mit dem Streben Erhards nach der "formierten Gesellschaft" im wesentlichen überein

Charakteristisch für die neue Stufe der Entwicklung in Westdeutschland ist die Bildung der Achse Washington-Bonn, die imperialistische Expansionspolitik und im Inneren der Übergang zur formierten Herrschaft, zu einem System diktatorischer Maßnahmen, das zwar parlamentarisch getarnt ist, dem aber wesentliche Züge der faschistischen Gesetzgebung des Hitlerreiches anhaften. Das bezeugen die Ersetzung demokratischer Rechte des Grundgesetzes durch Notstandsgesetze und eine Notstandsverfassung, die geplante Strafrechtsreform und die Militarisierung des staatlichen Lebens. Nachdem mit Hilfe der USA die Herrschaft des westdeutschen Monopolkapitals und des Militarismus restauriert ist, ist die Bundesregierung nunmehr bestrebt, die Hegemonie in Westeuropa zu erobern und politisch, ideologisch und ökonomisch in einige Warschauer Vertragsstaaten einzudringen. Gleichzeitig entwickelt sie eine größere neokolonialistische Aktivität. Wir haben vor kurzem auf einer internationalen Pressekonferenz eine zusammenfassende Einschätzung und das entsprechende dokumentarische Material über die Strategie und Politik der Bonner Regierung der Öffentlichkeit unterbreitet.

Ein weiteres Kennzeichen der Situation in den USA wie in Westdeutschland ist die Tatsache, daß die oppositionellen Kräfte, die der imperialistischen Aggressivität eine demokratische und friedenssichernde Alternative entgegenstellen könnten, relativ

schwach und zersplittert sind, und daß sogar nicht unbeträchtliche Teile der Führung der Arbeiterorganisationen (der Gewerkschaften in den USA und der SPD in der Bundesrepublik) vom Monopolkapital korrumpiert worden sind. Ganz zu schweigen davon, daß in diesen beiden imperialistischen Staaten der Antikommunismus und die Sowjetfeindschaft besonders intensiv gezüchtet und gewissermaßen zur Staatsdoktrin erhoben worden sind.

Die Aggressivität des USA-Imperialismus tritt am schamlosesten in seinem verbrecherischen Krieg gegen das vietnamesische Volk zutage. Unsere Beratung hat eine wichtige Deklaration gegen den schmutzigen USA-Krieg in Vietnam angenommen. Wir wollen damit die Weltöffentlichkeit zum aktiven Auftreten gegen die den Weltfrieden gefährdende neuerliche Eskalation der USA-Aggressoren mobilisieren. Die Aggressivität der USA zeigte sich aber auch bei kolonialen Interventionen, militärischen, politischen und wirtschaftlichen Einmischungen und Repressalien in vielen anderen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Bei allen diesen Aggressionsakten war die Bonner Regierung der folgensa Verbündete der USA-Regierung, der mit Waffen und Söldnern, finanzieller und wirtschaftlicher Hilfe die USA und ihre Marionetten bei der Unterdrückung der um Freiheit und Selbstbestimmung ringenden Völker unterstützte. Den grausamen Krieg gegen das vietnamesische Volk unterstützt sie direkt durch finanzielle und materielle Unterstützung des Marionetten-Regimes der USA in Südvietnam und indirekt

- 6 a -

durch Rüstungskäufe in den USA, für die Milliarden-Summen zur Entlastung der Devisenbilanz der USA ausgegeben werden.

- 7 -

Selbstverständlich denken das westdeutsche Monopolkapital und seine Sachwalter in der Bonner Regierung nicht daran, den USA eine einseitige, gewissermaßen selbstlose Unterstützung zu erweisen. Die Bonner Regierung betrachtet das vielmehr als ein Geschäft der Gegenseitigkeit. Bei der direkten und indirekten Unterstützung der Vietnam-Aggression rechnet die Bonner Regierung darauf, daß die USA eines Tages in Vietnam die Hände frei bekommen und dann im Sinne der Bonner Politik bereit sein werden, in Europa eine Periode des Konfliktes einzuleiten. Das Sonderbündnis Westdeutschland - USA innerhalb der NATO, die Achse Bonn - Washington, soll dem deutschen Imperialismus dazu dienen, seine aggressiven Revanchepäne in Europa durchzusetzen. Er kann diese Politik jedoch nur betreiben, indem er nationale Grundinteressen des deutschen Volkes an den Übermächtigen Achsenpartner preisgibt. Das liegt nun einmal im Wesen aggressiver Imperialistischer Bündnisse.

Es ist nicht richtig zu sagen, es käme jetzt darauf an, die Wiederherstellung des Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland zu verhindern. Sie sind seit langem bereits wieder an der Macht. Nach der also schon seit langem erfolgten Restauration der Macht des Monopolkapitals und des Militarismus in Westdeutschland ist der westdeutsche Imperialismus entsprechend den Beschlüssen des CDU-Parteitagess Ende 1965 zur offenen

Expansionspolitik übergegangen. Dabei wenden die herrschenden Kreise in Westdeutschland die ähnliche Taktik an wie die USA-Aggressoren in Vietnam: nämlich schrittweise die Eskalation vom kalten Krieg über den verdeckten Krieg bis zu offenen Konflikten voranzutreiben.

Nicht zufällig bezeichnen führende Organe der westdeutschen Militaristen die amerikanische Eskalation in Vietnam als beispielgebende Taktik für Mitteleuropa. Militärische Aggression ohne Kriegserklärung, begleitet von Friedensdemagogie, ist auch der Plan, mit dem die westdeutschen Imperialisten in Europa vorzugehen beabsichtigen.

In Westdeutschland, den USA und auch international hat unlängst eine Rede erhebliches Aufsehen erregt, die der Stellvertretende Vorsitzende der Bonner Regierungspartei CDU/CSU und Vorsitzende ihrer Bundestagsfraktion Rainer Barzel am 17. Juni in Washington gehalten hat. Diese Rede von Barzel basiert auf den Beschlüssen des CDU-Parteitag von 1965, auf dem die aktive imperialistische Expansionspolitik und der

Übergang zur formierten Herrschaft begründet wurden. Barzel hat auf dieser Grundlage die Strategie des deutschen Imperialismus dargelegt. Wenn einige Kreise der Bourgeoisie gegen Teile dieser Rede bestimmte Einwendungen erheben, so hauptsächlich deshalb, weil sie es nicht für zweckmäßig halten, die ganze Strategie im Zusammenhang darzulegen. Es ist überaus kennzeichnend, daß Barzel dieses imperialistische Programm ausgerechnet in der Metropole des USA-Imperialismus am Jahrestag des im Jahre 1953 zerschlagenen konterrevolutionären Putsches gegen die Arbeiter- und-Bauern-Macht in der DDR entwickelte. Er verlangte von der Sowjetunion nicht mehr und nicht weniger, als daß sie bei einem von Westdeutschland aus organisierten verdeckten Krieg, also einem Krieg ohne Kriegserklärung, - wie Barzel sich ausdrückte - "Gewehr bei Fuß" stehen und damit Verrat an ihrer Bündnispflicht aus dem Warschauer Vertrag und dem Freundschafts- und Beistandsvertrag mit der DDR üben sollte. Die neofaschistische Unverschämtheit dieser schwarzbraunen Politiker an der Spitze des westdeutschen Staates besteht darin, daß sie sogar in aller Öffentlichkeit das schmutzige Angebot unterbreiten, dafür mit wirtschaftlichen Zugeständnissen zahlen zu wollen.

In dem Programm Barzels wird so deutlich wie kaum je zuvor, daß die Kernfrage aller imperialistischen Politik in Deutschland die Wiederherstellung der Macht des Monopolkapitals über die

Deutsche Demokratische Republik ist. Gilt der erste Angriff auch der DDR, so ist es das zweite Ziel der Revuepolitik, die Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus von der Bundesrepublik auf alle Gebiete innerhalb der Grenzen des Hitlerreiches und darüber hinaus auszuweiten. Dieses Ziel ist bereits im Gesetz des Bonner Bundestages vom 23. Juni dieses Jahres verankert worden. Es unterstellt - unabhängig von der Staatsbürgerschaft - alle Deutschen, die außerhalb der westdeutschen Bundesrepublik leben, darunter zum Beispiel auch die rumänischen Staatsbürger deutscher Nationalität, der westdeutschen Jurisdiktion.

Nach der Restauration seiner Herrschaft in Westdeutschland ist also der deutsche Imperialismus dabei, die neue Phase seiner Expansion im Bündnis mit den USA zu beginnen.

Daraufolge unterbreitet Barzel in seiner Washingtoner Rede auch konkrete Vorschläge für ein gemeinsames westdeutsch-amerikanisches Programm aggressiver Politik. Die Liste der politisch-militärischen Aufgabenstellung für die westdeutsch-amerikanische Gemeinsamkeit schließt Barzel mit der Feststellung:

"Wir sind für den Dollar als Leitwährung. Dies setzt die politische Führung durch die USA voraus. Auch dafür sind wir."

Dieser Koton vor dem Dollar als Leitwährung, die die politische Führung der imperialistischen Welt durch die USA voraussetzt, gewinnt ~~noch~~ seine besondere Bedeutung durch die Tatsache, daß die Durchdringung der Wirtschaft und insbesondere einzelner Industriezweige mit amerikanischem Kapital in den letzten Jahren in keinem europäischen Land in gleichem rapidem Tempo vor sich ging wie in Westdeutschland. Diese zunehmende Verflechtung entscheidender Zweige der westdeutschen Industrie mit dem amerikanischen Monopolkapital stimmt durchaus überein mit dem politischen Sonderbündnis der Bundesrepublik mit den USA innerhalb der NATO. So wird auf allen Gebieten immer offenkundiger, was in Europa den Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus und seine Aggressivität führen will, der muß ihn auch gegen Westdeutschland, den hauptsächlichsten europäischen Achsen-Partner der USA, führen.

Im Rahmen der aggressiven Politik des westdeutschen Revanchismus gegen die sozialistischen Länder Europas ist sein Stoß mit besonderer Heftigkeit selbstverständlich gegen die Deutsche Demokratische Republik gerichtet, der gegenüber Herr Barzel in Washington den Versuch verkündete, ihr System aufzulockern. Das soll geschehen durch die Alleinvertretungsmaßnahme der Bonner Regierung, durch den Anspruch, alle Deutschen auch außerhalb des Staatsgebietes der Bundesrepublik ~~selbst~~ der

Gerichtsbarkeit der westdeutschen Justiz ^{zu unterwerfen} unterliegen, sowie durch die Zerstörung der Grenzordnung an der Staatsgrenze der DDR

Um ihr Expansionsprogramm zu realisieren, haben die ausschlaggebenden Kreise des Monopolkapitals wie Flick, Krupp, Abbs, die Herren der IG Farben, Siemens und andere deutlich Kurs auf die Bildung einer politischen Einheitsfront genommen, die von den Vertretern der extremsten rechten Positionen wie Strauß bis zu rechten SPD-Führern wie Wehner reicht.

Diese Politik, die dem Plan der formierten Herrschaft des Monopolkapitals entspringt, ist besonders gefährlich, zumal bedeutende Kreise der westdeutschen Bevölkerung noch Illusionen über die Politik der SPD-Führung hegen.

Wer das Programm des westdeutschen Imperialismus nicht kennt und nicht durchschaut, seine Konsequenzen nicht bis zu Ende durchdenkt, kann auch seine eigene Politik, seine Abwehrmaßnahmen und die Maßnahmen zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit nicht so planen, daß sie voll wirksam werden. Aber gerade das ist das Hauptthema unserer Beratung und ihrer Beschlüsse.

In der letzten Zeit wurde immer offenkundiger, daß der Widerstand gegen die aggressive Politik des amerikanischen und des westdeutschen Imperialismus zunimmt und die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten innerhalb der NATO sich zuspitzen.

Die tiefere Ursache ist darin zu sehen, daß eine Anzahl NATO-Staaten sich nicht in die Abenteuer des USA- und des westdeutschen Imperialismus hineinziehen lassen wollen. Diese Staaten kennen die aggressiven Pläne des westdeutschen Imperialismus und suchen deshalb zu verhindern, daß Westdeutschland Mitverfügung über Kernwaffen erhält. Das Bestreben des Präsidenten Charles de Gaulle, der Hegemoniepolitik des westdeutschen Imperialismus eine Initiative zur Verständigung zwischen den europäischen Staaten entgegenzustellen, ist gleichzeitig gegen die Achse Washington-Bonn gerichtet. Der Präsident der Republik Frankreich geht von den nationalen Interessen seines Landes aus und sucht einen Weg zu einer Verständigung zwischen den einzelnen europäischen Staaten über eine gewisse europäische Sicherheit. Der Widerspruch zwischen den aggressiven militaristischen Interessen Westdeutschlands und den Interessen der anderen NATO-Staaten auf dem europäischen Festland hat zur Krise in der NATO geführt. Und doch ist es den USA und Westdeutschland - unterstützt von Großbritannien und den

Niederlanden - gelungen, die Position Westdeutschlands in der militärischen Führung der NATO zu stärken. Mit der Wertung der westdeutschen Note vom 25. März 1966 als eine "positive Initiative" unterstützte der NATO-Rat sowohl die Fortsetzung der aggressiven und revanchistischen Politik der Bonner Regierung als auch deren Versuch, diesen politischen Kurs durch Friedensheuchelei und Demagogie zu tarnen. Die erneute Bekräftigung der NATO-Erklärung vom 16. Dezember 1958 zur Westberlinfrage bedeutet eine Ermunterung der westdeutschen Regierung zur Fortsetzung des aggressiven Kurses gegenüber Westberlin, das auf dem Territorium der DDR liegt.

Auf militärischem Gebiet wurde vereinbart, die Standing Group als das bisher höchste militärische Exekutivorgan der NATO abzuschaffen und durch einen integrierten internationalen Militärstab zu ersetzen, in dem der Bonner Generalstab gleichberechtigt vertreten ist. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang auch die vom NATO-Ministerrat beschlossene Zusammenlegung der Kommandostäbe der Land- und Luftstreitkräfte im NATO-Befehlsbereich Europa-Mitte sowie die Absicht, den Bundeswehrgeneral von Kielmannsegg zu ihrem neuen Oberbefehlshaber zu ernennen.

Es zeichnet sich also eine Entwicklung ab, bei der Westdeutschland mit Hilfe der USA immer größeren Einfluß in den führenden NATO-Gremien gewinnt. Damit kommt Westdeutschland der gleichberechtigten Beteiligung an der nuklearen Planung und der

Erlangung von Verfügungsgewalt über Kernwaffen einen wesentlichen Schritt näher. Das entspricht den Forderungen der Bundeswehrführung. Sie verlangte bereits auf der Londoner Tagung der Kriegsmminister der NATO die Befehlsgewalt für die alliierten NATO-Befehlshaber, also auch für westdeutsche NATO-Generale, zum Rückgriff auf schwere taktische und strategische Gefechtsfeldwaffen in bestimmten militärischen Situationen. Dabei soll das Recht zum Atomwaffeneinsatz den Befehlshabern durch "Predelegation", also im voraus eingeräumt werden. Neben der Forcierung ihrer Tätigkeit im McNamara-Komitee sucht also die Bundeswehrführung nach neuen Möglichkeiten, um auf kürzestem Wege Verfügungsgewalt über Kernwaffen zu erhalten. Außerdem ist es kaum noch ein Geheimnis, daß in der Bundesrepublik forciert die Vorbereitungen für eine Eigenproduktion von Atomwaffen betrieben wird.

Die Bonner Regierung behauptet, daß mit solchen Informationen und Berichten über den Stand der Aufrüstung in Westdeutschland und über die Bemühungen der Bundeswehrführung, Verfügungsgewalt über Kernwaffen zu erlangen, die Politik der Bundesrepublik diffamiert werden soll. Es wird sogar behauptet, daß eine offene Anprangerung der aggressiven und revanchistischen Politik Westdeutschlands eine gesamteuropäische Zusammenarbeit behindere.

Lassen wir deshalb die Tatsachen sprechen. Hinsichtlich ihrer Personalstärke, Ausbildung und Ausrüstung stellt die westdeutsche Bundeswehr heute bereits die stärkste (Land-)Streitmacht Westeuropas dar. Gegenwärtig stehen in Westdeutschland über 445.000 Mann unter Waffen. Die militärische Führung Westdeutschlands kann in Spannungszeiten und im Kriegsfall schon jetzt innerhalb kürzester Zeit über 850.000 gut ausgebildeter Reservisten für die Auffüllung stehender und die Aufstellung neuer Verbände mobilisieren. In den Führungsstäben der westdeutschen Bundeswehr wird ein ausgeklügeltes Programm der militärischen Vorwärtsstrategie und ihrer Vorbereitung durch den sogenannten verdeckten Krieg entwickelt.

Bereits heute übertreffen die Militärausgaben Westdeutschlands bei weitem jene Ausgaben, die Hitler zur Vorbereitung des zweiten Weltkrieges verausgabte (Hitler bis 1939 90 Milliarden, Westdeutschland bis Ende 1965 193,8 Milliarden). Das sind harte, aber unwiderlegbare Tatsachen.

Mit dem Gefühl höchster Verantwortung müssen wir deshalb vor den Völkern Europas den Ernst der neuen Lage erläutern, daß Westdeutschland heute zum Hauptstörenfried in Europa und zum zweiten Herd der Kriegsgefahr in der Welt geworden ist.

Eine offizielle These der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik besagt, daß angeblich die Teilung Deutschlands die Ursache der Spannung in Europa sei. Man brauche nur die Wiedervereinigung nach Bonner Bedingungen zu vollziehen und das deutsche Problem wäre radikal gelöst. Die herrschenden Kreise Westdeutschlands versuchen der internationalen Öffentlichkeit weiszumachen, daß mit der Überwindung der Teilung Deutschlands auch der Frieden in Europa einziehen würde.

Demgegenüber muß man eindeutig feststellen, nicht die Existenz zweier deutscher Staaten, sondern die Aggressivität und die Aufrüstung des westdeutschen Imperialismus sind die Ursachen der Spannungen in Europa. Zweimal in diesem Jahrhundert war ein einheitliches Deutschland der Aggressor. Ursache des ersten Weltkrieges war das Hegemonie-Streben des deutschen Imperialismus, seine Forderungen nach Neuaufteilung Europas und der Welt.

Ursache des zweiten Weltkrieges waren die revanchistischen Gebietsforderungen, die damals - ebenso wie heute - Spannungen in Europa erzeugten und damals - ebenso wie heute - zur Rechtfertigung der Kriegsvorbereitungen benutzt wurden.

Auch die Spannungen in Deutschland, die sich auf Europa auswirken, haben ihre Ursache nicht im Bestehen zweier Staaten, sondern in der feindlichen Haltung der westdeutschen herrschenden Kreise gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik, in ihrer imperialistischen Forderung nach Einverleibung der Deutschen Demokratischen Republik, in der Bonner Ablehnung jeder Verständigung über einen Weg zur deutschen Konföderation.

Ursache der Spannungen ist das Bestreben der herrschenden Kreise Westdeutschlands, zur Rechtfertigung ihrer forcierten Aufrüstung die Spannungen anzuhetzen und eine Atmosphäre der Unstabilität und Unsicherheit aufrechtzuerhalten.

In Vorbereitung der Beratungen und auch in anderem Zusammenhang sind im Hinblick auf die deutsche Frage Auffassungen geäußert worden, die einer Klarstellung bedürfen.

Das Wesen der deutschen Frage besteht in erster Linie in der Sicherung des Friedens in Deutschland und Europa. Die Lösung der deutschen Frage erfordert, den Lehren der Geschichte zu folgen und Revanchismus und Militarismus in Westdeutschland zu beseitigen. Die friedliche Regelung der deutschen Frage, das heißt die Grundsätze des Potsdamer Abkommens auch in Westdeutschland zu verwirklichen und Sicherheit zu schaffen, daß niemals wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht. Das heißt also, daß die Sicherung des Friedens den Vorrang vor der Wiedervereinigung haben muß, wenn dem deutschen Volk und den Völkern Europas

eine neue Katastrophe erspart werden soll. Die Wiedervereinigung Deutschlands hat also die Abrüstung in beiden deutschen Staaten zur unerläßlichen Voraussetzung.

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist ureigene Sache der Deutschen. Dafür hat allein die DDR einen realen und konstruktiven Plan ausgearbeitet und dem deutschen Volk vorgelegt. Er beruht auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, die die Normalisierung ihrer Beziehungen, ihre Annäherung und Verständigung und schließlich die Bildung einer deutschen Konföderation ermöglichen. Die deutsche Frage ist sehr kompliziert. Umso notwendiger ist es, daß Bruderparteien, die mit Vorschlägen in der deutschen Frage aufzutreten wünschen, sich vorher mit uns konsultieren.

Manchmal wird gesagt, man dürfe einer so hochentwickelten Kultur-Nation wie der deutschen die Wiedervereinigung nicht ewig vorenthalten. Dabei wird jedoch vergessen, daß es in Deutschland zwei Kulturen gibt. Einmal die barbarische Kultur des deutschen Imperialismus, die in der Ermordung von Millionen Menschen in den Gaskammern von Auschwitz und anderer Konzentrationslager gipfelte und die gegenwärtig ihren Ausdruck in der vorbehaltlosen Unterstützung des barbarischen Krieges des USA-Imperialismus in Vietnam und der atomaren Kriegsvorbereitung findet. Die humanistische deutsche Kultur wird heute vor allem von den fortschrittlichen Kräften der Arbeiterklasse und der humanistisch

gesinnten Intelligenz bewahrt. Sie hat in der Deutschen Demokratischen Republik eine feste Heim- und Pflegestätte sowie ihre Fortentwicklung zur sozialistischen deutschen Nationalkultur gefunden. Sie allein dient den wahren nationalen Interessen des deutschen Volkes.

Nur ein friedliebendes und demokratisches Deutschland, dessen Grundlagen bereits in der Deutschen Demokratischen Republik geschaffen sind, wäre eine sichere Garantie für den Frieden und eine glückliche Zukunft des deutschen Volkes. Nur ein solches Deutschland liegt im Interesse aller europäischen Völker und nur ein solches Deutschland wird in der Lage sein, einen gleichberechtigten und würdigen Platz in der großen Völkerfamilie zum Wohle des eigenen und aller anderen Völker einzunehmen. Darum ist auch die Sicherung der DDR die wichtigste Aufgabe im Kampf um ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland. Sie entspricht den Interessen aller sozialistischen Staaten, wie auch aller anderen europäischen Staaten.

Verkörpert durch die beiden deutschen Staaten, stehen sich in Deutschland Sozialismus und Imperialismus unmittelbar gegenüber. Das hat zur Folge, daß hier jede Verschärfung des Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus meist in besonders zugespitzter Form in Erscheinung tritt. Diese Feststellung unterstreicht die Bedeutung, die die europäische Sicherheit für das deutsche Volk hat.

Die Gewährleistung der europäischen Sicherheit ist der Rahmen, in dem es möglich wäre, auch die deutschen Probleme schrittweise zu lösen. Andererseits würde sich natürlich jede Verständigung der beiden deutschen Staaten über den Verzicht auf Atomwaffen und konkrete Maßnahmen zur Abrüstung, über die Respektierung der bestehenden Grenzen außerordentlich positiv und förderlich auf die europäische Sicherheit auswirken.

Insofern ist es von nationaler und europäischer Bedeutung, daß die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Deutsche Demokratische Republik eine Vielzahl von Vorschlägen unterbreitet haben, um die Prinzipien der friedlichen Koexistenz auch in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten durchzusetzen. Zur friedlichen Koexistenz gehören jedoch immer zwei. Es ist unmöglich, sie zu verwirklichen, wenn der Partner sich sträubt ihre Prinzipien anzuerkennen und auf alle Vorschläge mit verstärkter Aggressions- und Revanchepolitik antwortet. Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik streben nach der Wiederherstellung eines imperialistischen Gesamtdeutschland und nach seiner Vormachtstellung in Europa. Man darf sich keinerlei Illusionen hingeben und muß die einfache Wahrheit begreifen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nur im Prozeß der Bändigung, der Zurückdrängung und der Überwindung der Kräfte des Revanchismus und des Militarismus in Westdeutschland vor sich gehen kann.

Die Klärung dieser Grundfragen haben wir auch in den Mittelpunkt unseres Dialoges zwischen der SED und der SPD gestellt. Die Hauptfrage ist, daß die Arbeiter und anderen Werktätigen Westdeutschlands sich befreien von der nationalistischen und revanchistischen Politik der CDU/CSU und ihrem Antikommunismus. Diese Politik der imperialistischen Expansion ist der Weg zum Krieg und vertieft die Spaltung Deutschlands. In dem Maße, wie es der CDU/CSU-Führung gelingt, die SPD für ihren Revanchekurs einzuspannen und als Helfer in die formierte Herrschaft einzugliedern, wächst die Gefahr eines militärischen Konfliktes und wird die Wiedervereinigung unmöglich gemacht. Andererseits müssen sich die Arbeiterschaft, die humanistisch gesinnte Intelligenz und die werktätigen Bauern ihrer Kraft bewußt werden, die darin liegt, daß die CDU ohne die SPD und die Gewerkschaften nicht in der Lage sein wird, den verheerenden Kurs des westdeutschen Militarismus fortzusetzen und einen gefährlichen Konflikt auszulösen.

Deshalb besteht der Sinn der Offenen Briefe des ZK der SED an die SPD darin, die SPD und ihre Anhänger Schritt für Schritt von der verderblichen aggressiven Politik der CDU/CSU zu lösen und die Entwicklung einer breiten demokratischen Bewegung des Volkes gegen die atomare Rüstung, die Notstandsdictatur und die Revanchepolitik in Westdeutschland zu fördern.

Seither konzentriert sich der Kampf gegen die Grenzsicherungsmaßnahmen der DDR, wobei man sich bemüht, neue Wege und Methoden des Eindringens in die DDR zu finden. Nach der Niederlage am 13. August 1961, die nicht nur eine Niederlage der westdeutschen Bourgeoisie, sondern auch der Führung der SPD war, versuchen die revanchistischen Kräfte, den nächsten Angriff durch Maßnahmen des psychologischen Krieges vorzubereiten. Die SPD-Führer Wehner und Erler versuchten, den Offenen Brief des ZK unserer Partei an die SPD auszunutzen, um zu beweisen, daß die SPD-Führung imstande ist, erfolgreicher in die DDR einzudringen als die CDU und ihre Regierung Erhard. Es war deshalb an der Zeit, die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Pläne der Aggression gegen die DDR vor der deutschen und der Weltöffentlichkeit zu enthüllen und den westdeutschen Sozialdemokraten die Wahrheit über Atomrüstung, Notstandsgesetze und die Vorbereitung des verdeckten Krieges zu sagen.

Die Hauptmethode in der Politik der Führung der Parteien des westdeutschen Bundestages ist der Antikommunismus.

Zwischen dem Anti-Kommunismus der heutigen Bonner Regierung und dem der Hitler-Regierung gibt es nicht den geringsten prinzipiellen Unterschied. Der heutige westdeutsche Antikommunismus und Revanchismus zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß er zu raffinierteren und verfeinerten Methoden des Kampfes gegen den

Sozialismus greift. In den Reden offizieller Repräsentanten der westdeutschen Bundesrepublik, in sogenannten wissenschaftlichen Studien und auch in internen Materialien wird kein Hehl daraus gemacht, daß durch eine Politik des Aufweichens, des Ökonomischen und politischen Eindringens und der Differenzierung zwischen den sozialistischen Ländern günstige Voraussetzungen für die Verwirklichung der Revanchepläne der westdeutschen staatsmonopolistischen Herrschaft gegen die sozialistischen Länder geschaffen werden sollen. Die SPD-Führung erweist dabei der CDU aktive Unterstützung. Der SPD-Parteitag in Dortmund hat einen ganzen Plan für das verstärkte Eindringen in die sozialistischen Länder entwickelt.

Zu dieser Politik gehört auch die sogenannte Friedensoffensive der Bonner Regierung. Wir haben es mit Genugtuung und Dankbarkeit vermerkt, daß die Regierungen der Sowjetunion, der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik und auch der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien in ihren Antwortnoten oder in offiziellen Stellungnahmen das wahre aggressive Wesen der sogenannten Bonner Friedensnote entlarvt und die Versuche entschieden zurückgewiesen haben, sich gegen die Deutsche Demokratische Republik auszuspielen zu lassen. Gerade diese strikte Zurückweisung und Entlarvung der Aggressions- und Revanchepolitik ist eine wirksame Unterstützung

für jene Kräfte in Westdeutschland, die nach einer neuen Politik und nach einem Ausweg aus der Sackgasse suchen, in die die Bonner Regierung Westdeutschland geführt hat.

Geleitet von dem Bestreben, ihren Beitrag zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit zu leisten, hat sich bekanntlich die Regierung der DDR im Januar dieses Jahres nach entsprechender Konsultation mit den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages mit einem Vorschlag an die Regierungen der europäischen Staaten gewandt. Darin haben wir die Forderungen nach Abrüstungsvereinbarungen und den Verzicht aller nichtkernwaffenbesitzenden europäischen Staaten auf Kernwaffen, nach Respektierung der bestehenden Grenzen und strikter Achtung ihrer Unverletzlichkeit sowie nach Normalisierung der Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten, einschließlich der Normalisierung der Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten und den beiden deutschen Staaten, in den Vordergrund gerückt. Die Regierung der DDR ließ sich davon leiten, daß die Interessen des europäischen Friedens gemeinsame Anstrengungen zur Lösung der herangereiften Fragen dringend notwendig machen.

Heute steht mit allem Ernst vor den Völkern Europas die Aufgabe, zu verhindern, daß ein drittes Mal ein Krieg von deutschem Boden ausgeht. Dazu ist es vor allen Dingen notwendig, rechtzeitig, das heißt heute, eine Eskalation von politischen und militärischen Aggressionshandlungen zu vereiteln.

Es darf nicht zugelassen werden, daß die gegenwärtig bestehenden Gefahren verharmlost oder verniedlicht werden, wie es Chamberlain und Daladier seinerzeit getan haben. Nur dadurch, daß in aller Klarheit die Gefahren der abenteuerlichen Politik des westdeutschen Imperialismus entlarvt werden, wird es möglich sein, alle verfügbaren Kräfte zu gemeinsamen Maßnahmen zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit zu mobilisieren.

Es darf keinen Zweifel darüber geben, daß so lange von Frieden und Entspannung in Europa keine Rede sein kann, wie die durch diese Forderungen des westdeutschen Imperialismus zwangsläufig heraufbeschworenen Spannungen nicht beseitigt werden. Deshalb sind wir auch der Auffassung, daß im Memorandum zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit der Kampf gegen die Bestrebungen Westdeutschlands nach Zugang zu Kernwaffen und gegen seine territorialen Ansprüche an die Spitze aller Vorschläge gestellt werden muß, so wie das völlig richtig im Memorandum des Weltfriedensrates in Genf kürzlich geschehen ist. Wir müssen den Gegner jederzeit wissen lassen, daß seine Absichten auf den entschiedensten Widerstand aller sozialistischen Staaten, insbesondere der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages stoßen und konsequent zurückgewiesen werden.

Es wurde die Auffassung geäußert, wir sollten in unserer gemeinsamen Deklaration ²⁶ militärische Blöcke als Anachronismus ¹¹ ^{20.10.1949} bezeichnen, der den Interessen des Friedens und der internationalen Sicherheit widerspricht.

Der aggressive imperialistische Militärpakt der NATO widerspricht in der Tat sowohl den Interessen des Friedens als auch denen der internationalen Sicherheit.

Aber es ist in erster Linie den Wünschen der Staaten des Warschauer Vertrages zu verdanken, daß die aggressiven Pläne der NATO bisher durchkreuzt und der Friede bewahrt werden konnten.

Hat die imperialistische Bedrohung der sozialistischen Staaten Europas inzwischen etwas aufgehört, so daß man sagen könnte, der Warschauer Vertrag hat seine Aufgaben erfüllt und sei überflüssig geworden? Im Gegenteil. Die Bedrohung des Friedens in der Welt und nicht zuletzt auch des Friedens in Europa durch den aggressiven Imperialismus und seine Militärblöcke ist größer geworden.

Innhalb der NATO und unabhängig von ihr existiert bereits die aggressive 'Sache Washington - Bonn, gegen die wir unsere Verteidigungsgemeinschaft auf jeden Fall maximal stärken und bestehen müssen.

Aus diesen Erwägungen heraus unterstreichen wir auch die dringende Notwendigkeit, im Memorandum über die europäische Sicherheit eindeutig auf die Entschlossenheit der im Warschauer Vertrag vereinigten Staaten hinzuweisen, daß sie im Falle eines Angriffs auf die Grenzen eines ihrer Teilnehmerstaaten oder im Falle, daß Westdeutschland Zugang zu Kernwaffen erhält, die notwendigen Maßnahmen ergreifen werden, die zum Schutze ihrer Interessen notwendig sind.

Unter Berücksichtigung dieser Aufgaben hat das Zentralkomitee der SED den Zentralkomitees der hier vertretenen Parteien den Entwurf eines Beschlusses des Politischen Beratenden Ausschusses über Maßnahmen zur Verbesserung der Tätigkeit der Organisation des Warschauer Vertrages übermittelt. Angesichts der in den Vorberatungen zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten über die Fragen, die mit diesem Beschluß-Entwurf geregelt werden sollen, haben wir nicht darauf bestanden, ihn als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Die Delegation der DDR hält es jedoch für unbedingt erforderlich, im Zusammenhang mit den Aufgaben, die sich aus der Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa ergeben, auch die dringend notwendige Verbesserung der Tätigkeit der Organisation des Warschauer Vertrages zu beraten. Deshalb sind wir der Auffassung, daß die Hauptfragen unseres Beschluß-Entwurfes bereits beim 1. Punkt der Tagesordnung behandelt werden müssen.

Der von der DDR unterbreitete Beschluß-Entwurf beruht auf den im Warschauer Vertrag niedergelegten Prinzipien, aber er hat zum Ziel, sie besser und wirksamer auf die gegenwärtige europäische und internationale Situation anzuwenden. Die gesteigerte Aggressivität des Imperialismus einerseits und andererseits die neuen Möglichkeiten zur Verständigung mit nichtsozialistischen europäischen Staaten über eine gemeinsame Politik zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit machen eine solche Politik und Tätigkeit der Organisation des Warschauer Vertrages erforderlich, die die aggressiven Kräfte in ihre Schranken weist und die Zusammenarbeit mit allen verständigungsbereiten europäischen Kräften ermöglicht. Mit anderen Worten: gegenwärtig ist eine ebenso entschiedene wie bewegliche und elastische Politik der Teilnehmerstaaten der Organisation des Warschauer Vertrages erforderlich. Um sie zu verwirklichen, sind mehr Konsultationen, bessere Koordination und Abstimmung und zugleich häufigeres gemeinsames Auftreten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages notwendiger als in dem zurückliegenden Jahrzehnt.

Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß durch eine solche verbesserte Tätigkeit der Organisation des Warschauer Vertrages die außenpolitischen Möglichkeiten jedes Landes wachsen und es in die Lage versetzt wird, seine nationalen Interessen noch besser zu

vertreten. Erst in der Familie der sozialistischen Völker, in der Zusammenarbeit und durch gemeinsame Schritte kann sich die Souveränität und Gleichberechtigung der sozialistischen Staaten voll entfalten.

Zweifellos war es das entschiedene Auftreten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages auf der letzten Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses im Januar 1965 in Warschau, das wesentlich zum Scheitern der MLF beigetragen hat. Gerade unter den gegenwärtigen Bedingungen ist die Erweiterung unserer Zusammenarbeit mit dem Ziel einer noch besseren Koordinierung unserer außenpolitischen Schritte für die Erhaltung und Sicherung des Friedens von außerordentlicher Bedeutung. Bei vielen internationalen Ereignissen erwarten die Regierungen anderer Staaten und erst recht die Arbeiterklasse Europas von den sozialistischen Staaten ein entschiedenes und gemeinsames Auftreten.

Die hohen Prinzipien des sozialistischen Internationalismus machen uns eine solche gemeinsame Politik zur Pflicht, durch die die sozialistischen Staaten immer stärker zum Anziehungszentrum für die Kräfte des Friedens und des Fortschritts werden. Diese Pflicht wird die Organisation des Warschauer Vertrages um so besser erfüllen können, je mehr sie durch die weitere Festigung ihrer Einheit und Geschlossenheit die Wirksamkeit ihrer politischen Aktionen erhöhen.

Wir sind der Auffassung, daß es nach wie vor notwendig ist, gemeinsam nach Wegen zu suchen, um die Tätigkeit der Organisation des Warschauer Vertrages noch wirksamer zu gestalten.

Welches sind unserer Ansicht nach die nächsten Aufgaben, die von den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages gemeinsam zu lösen sind?

1. Die Erfüllung der vielseitigen Aufgaben zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit macht es notwendig, daß die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages ihre Außenpolitik stärker koordinieren und eine noch beweglichere und wirksamere Politik entwickeln.

Dazu ist es unumgänglich, die Arbeitsweise der Organisation des Warschauer Vertrages zu vervollkommen und insbesondere die Tätigkeit des Politischen Beratenden Ausschusses zu aktivieren.

Es ist erforderlich, den Politischen Beratenden Ausschuß je nach Notwendigkeit, jedoch nicht weniger als einmal im Jahr, einzuberufen. Die Einberufung einer Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses kann auf Wunsch jedes Mitgliedstaates des Warschauer Vertrages erfolgen.

Auf die Tagesordnung der Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses sind zu setzen:

a) Die Fragen, deren Behandlung auf der vorhergehenden Tagung des Ausschusses beschlossen wurde.

- b) die aktuellen und grundsätzlichen Fragen, deren Behandlung von den einzelnen Mitgliedstaaten vorgeschlagen wird.
- c) Aufgrund der vorläufigen Tagesordnung ist zu Beginn jeder Tagung die endgültige Tagesordnung zu beschließen.

Ziel der Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses muß es sein, das gemeinsame oder aufeinander abgestimmte Vorgehen der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages zu gewährleisten.

- 2. a) Zur Vorbereitung der Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses ist es zweckmäßig, regelmäßig Konsultationen der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages durchzuführen. In den Konsultationen werden die außenpolitischen Fragen behandelt, deren Behandlung im Politischen Beratenden Ausschuss vorgesehen ist oder vorgeschlagen wird.
- b) Die Konsultationen der Außenminister sind auch durchzuführen, um Erfahrungen und Informationen auszutauschen sowie einen allgemeinen Meinungsaustausch zu außenpolitischen Fragen der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages durchzuführen, die die gemeinsamen Interessen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages berühren.

- c) Die Konsultationen der Minister für Auswärtige Angelegenheiten werden je nach Notwendigkeit, jedoch nicht weniger als zweimal im Jahre durchgeführt. Sie können auch auf Antrag eines Teilnehmerstaates erfolgen.
3. Neben den Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses und den Konsultationen der Minister für Auswärtige Angelegenheiten sind bi- und multilaterale Konsultationen ein fester Bestandteil der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages.
4. Die erfolgreiche Durchführung der Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses und der Konsultationen der Minister für Auswärtige Angelegenheiten erfordert eine entsprechende technisch-organisatorische Vorbereitung, die rechtzeitige Zustellung der vorläufigen Tagesordnung und die dazugehörigen notwendigen Materialien an die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages.

Zur Verbesserung der Tätigkeit der Organisation des Warschauer Vertrages ist es deshalb unbedingt erforderlich, ein ständiges Sekretariat mit einem kleinen Mitarbeiterstab und entsprechendem Apparat zu schaffen.

Der Leiter des Sekretariats wird nach Abstimmung mit den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages abwechselnd für jeweils drei Jahre ernannt.

Dem Sekretariat gehören außerdem je ein Vertreter aus jedem der Teilnehmerstaaten des Vertrages an.

In den ersten drei Jahren sollte das Sekretariat von einem Vertreter der Sowjetunion geleitet werden.

Als Sitz des Ständigen Sekretariats ist Moskau vorzusehen.

5. Solange die Aggressionspolitik des amerikanischen und westdeutschen Imperialismus ernste Gefahren für den Frieden und die Sicherheit der europäischen Völker hervorrufft, ist es dringend erforderlich, auch künftig die Verteidigungsfähigkeit der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zu stärken. Deshalb sind wir dafür, auf der Grundlage der bisherigen Beschlüsse die militärische Zusammenarbeit unserer Länder im Rahmen der Vereinigten Streitkräfte des Warschauer Vertrages und seines Oberkommandos verstärkt fortzuführen.
6. Es ist notwendig, die ökonomische sowie die wissenschaftliche technische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe zur gemeinsamen Lösung der Schwerpunktaufgaben der technischen Revolution und des ökonomischen Wettbewerbs mit dem Kapitalismus maximal zu entwickeln. Auch das kann entsprechend den Beschlüssen erfolgen, die auf der Grundlage des Statuts des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe gefaßt worden sind.

7. Nach Abschluß unserer Tagung sollten wir einheitlich die große Aufgabe in Angriff nehmen, die in der Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa enthaltenen Vorschläge und Gedanken in die Tat umzusetzen. Dazu sind insbesondere gemeinsame Schritte notwendig, um breite internationale Aktionen gegen die verbrecherische Aggression des USA-Imperialismus in Vietnam und gegen die stolze Aufrüstung und Revanchepolitik Westdeutschlands zu unternehmen. Das sind die entscheidenden Aufgaben im Kampf um die Gewährleistung der europäischen Sicherheit und des Weltfriedens.